

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/4894

"Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen - Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/4894 vom 12.02.2025
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/6013 des VF vom 25.03.2025
3. Plenarprotokoll Nr. 47 vom 01.04.2025
4. Beschluss des Plenums 19/6655 vom 13.05.2025
5. Plenarprotokoll Nr. 50 vom 13.05.2025



Antrag

der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier** und
Fraktion (AfD)

Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen – Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für die Wiedereinführung der bis 2022 geltenden Regelüberprüfung der Anerkennung von Asylbewerbern durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) einzusetzen. Dazu bedarf es einer Reform des „Gesetzes zur Beschleunigung der Asylgerichtsverfahren und Asylverfahren“.

Die Staatsregierung wird überdies aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen,

- dass die Regelüberprüfung der Schutzberechtigung durch das BAMF spätestens alle zwei Jahre erfolgt,
- dass Schutztitel jeglicher Art grundsätzlich nur noch befristet erteilt werden und nicht in einen Anspruch auf Daueraufenthalt münden können,
- dass die Rücknahme oder der Widerruf eines Schutztitels automatisch eine Ausweisungsverfügung zur Folge hat,
- dass die Rücknahme oder der Widerruf eines Schutztitels automatisch zur sofortigen Beendigung von Sozialleistungsbezügen führt.

Begründung:

Das deutsche, wie das europäische Asylrecht ist darauf angelegt, Asyl als „Schutz auf Zeit“ zu gewähren. Ein Schutzstatus ist nur so lange zu gewähren, wie die Gründe für die Schutzsuche Bestand haben. Dieser wesensgemäße Charakter des Asylrechts ist in den letzten Jahren auch durch zielgerichtete politische Entscheidungen immer mehr pervertiert worden – „Asyl“ ist zu einem Vehikel für dauerhafte Einwanderung geworden.

Um dies zu verhindern, war das BAMF bis 2022 angehalten zu überprüfen, ob der Schutzstatus von anerkannten Asylbewerbern noch zu Recht bestand. Hierbei war zu unterscheiden zwischen Rücknahmeüberprüfungen und Widerrufsprüfungen. 1. Wenn sich nach einer Anerkennung herausstellt, dass der Schutzberechtigte über seine Identität getäuscht oder sich den Schutztitel auf andere Weise erschlichen hat, kann dieser zurückgenommen werden. 2. Wenn eine Überprüfung ergibt, dass durch bessere Verhältnisse im Heimatland die Schutzgründe weggefallen sind oder der Schutzberechtigte nach seiner Anerkennung in Deutschland schwere Straftaten begangen hat oder der Schutzberechtigte in das Land, in dem er angeblich verfolgt wird, in den Urlaub gefahren ist, kann der Schutztitel widerrufen werden.

Diese Regelüberprüfungen wurden von der Ampel-Regierung abgeschafft und durch „anlassbezogene Prüfungen“ – etwa nach Hinweisen durch Ausländer- oder Strafverfolgungsbehörden – ersetzt. Begründet wurde dies durch die Überforderung des BAMF, das mit 8 000 Mitarbeitern die größte Asylbehörde der Welt ist. Die Gründe für die „Überforderung“ haben die Ampel und deren Vorgänger-Regierungen der Merkel-Ära durch Nichtstun im Hinblick auf die illegale Masseneinwanderung selbst zu verantworten. Die Problemverursacher präsentieren sich hier als Problemlöser.

Die Folgen der Abschaffung der Regelüberprüfung zeigen die Zahlen:

Jahr	Zahl der Prüfverfahren	Rücknahmen/Widerrufe
2019	170 406	5 608
2020	252 940	8 710
2021	169 323	6 630

Dagegen gab es 2023 nur noch 2 040 Aberkennungen und im laufenden Jahr bis Ende September lediglich noch 1 770. Besonders auffällig ist dabei, dass neu ankommende Asylsuchende aus dem Irak seit Jahren überwiegend abgelehnt werden, weil das Land weitgehend sicher ist, zugleich gibt es aber bei irakischen Schutzberechtigten kaum Aberkennungen des Schutzstatus. Hier zeigt sich die fehlende Regelüberprüfung in besonderer Deutlichkeit, da der allgemeine Wegfall von Asylgründen aufgrund verbesserter Verhältnisse in den Heimatländern offenbar gar keine Rolle mehr spielt.

Die bestehende Regelung widerspricht mithin dem mittlerweile allgemein anerkannten Ziel, Migration zu steuern und zu begrenzen. Sie ist überdies ungerecht, weil Personen, deren Schutzberechtigung nicht oder nicht mehr besteht, die Ressourcen von jenen beanspruchen, die ein tatsächliches Recht auf temporären Schutz haben.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

**Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und
Fraktion (AfD)
Drs. 19/4894**

**Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen - Asyl ist Schutz
auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung**

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Christoph Maier**
Mitberichterstatter: **Karl Straub**

II. Bericht:

- Der Antrag wurde dem Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag mitberaten.
- Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 21. Sitzung am 13. März 2025 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.
- Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen hat den Antrag in seiner 25. Sitzung am 25. März 2025 mitberaten und mit folgendem Stimmergebnis:
CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Petra Guttenberger
Vorsitzende

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Abstimmung

**über Europaangelegenheiten und Anträge, die gem. § 59 Abs. 7 der
Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)**

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die endgültige Abstimmiliste.

(Siehe Anlage)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der endgültigen Abstimmiliste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist das gesamte Hohe Haus. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenhaltungen? – Keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Europaangelegenheiten und Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 2)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder
Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder
Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Europaangelegenheiten

1. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Unternehmen und Industrie
Zukunft der europäischen Automobilindustrie
30.01.2025 - 13.02.2025
Drs. 19/5120, 19/6006 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU

**FREEIE
WÄHLER**

AfD

GRÜ

SPD



2. Konsultationsverfahren der Europäischen Union

Maritime Angelegenheiten und Fischerei
Gemeinsame Fischereipolitik – Bewertung
27.01.2025 - 21.04.2025
Drs. 19/5121, 19/6035 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

Die EU-Konsultation wird zur Kenntnis genommen.

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

Anträge

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib u.a. und Fraktion (SPD)
Freihandel statt Protektionismus: Mercosur-Abkommen sichern
Drs. 19/4608, 19/5921 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

4. Antrag der Abgeordneten Christiane Feichtmeier, Horst Arnold, Holger Grießhammer u.a. und Fraktion (SPD)
Islamistischen Terrorismus in Bayern effektiv bekämpfen – Sofortmaßnahmen umsetzen
Drs. 19/4671, 19/5894 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

5. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Andreas Hanna-Krahl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Ein barrierefreies Gesundheitssystem für Alle – damit der Praxisbesuch nicht schon an der Türschwelle scheitert
Drs. 19/4675, 19/5906 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	ENTH
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	-------------

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Ruth Waldmann, Dr. Simone Strohmayr u.a. und Fraktion (SPD) Psychiatrische und psychotherapeutische Versorgung in Bayern verbessern
Drs. 19/4729, 19/5907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Bayern trägt Verantwortung! – Transparenz und Digitalisierung in der Provenienzforschung vorantreiben
Drs. 19/4743, 19/5911 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Sanne Kurz u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Einsatz von künstlicher Intelligenz im Journalismus transparent gestalten!
Drs. 19/4755, 19/5912 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

9. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Potenziale von Biomasse aus Land- und Forstwirtschaft als Alternative zu fossilen Rohstoffimporten
Drs. 19/4756, 19/5889 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

10. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken I:
Einrichtung eines „Lehrstuhls für Kinder- und Jugendpsychiatrie“
Drs. 19/4790, 19/5913 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

11. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken II: Präventionsgesetz ergänzen
Drs. 19/4791, 19/5908 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

12. Antrag der Abgeordneten Bernhard Seidenath, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Susann Enders u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Psychische Gesundheit stärken III: Bedarf an Kinder- und Jugendpsychotherapeuten gesondert beplanen
Drs. 19/4792, 19/5909 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

13. Antrag der Abgeordneten Josef Zellmeier, Alex Dorow, Petra Guttenberger u.a. CSU
Verbesserung des Opferschutzes
Drs. 19/4798, 19/6010 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Denkmalschutz entbürokratisieren: Digitale Plattform für Denkmalfördermittel einrichten und Antragsverfahren beschleunigen
Drs. 19/4799, 19/5914 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
-----	-----------------	-----	-----	-----

<input type="checkbox"/>				
--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------	--------------------------

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren: Neufassung der Vollzugsvorschriften des Bayerischen Denkmalschutzgesetzes
Drs. 19/4800, 19/5915 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren:
Regelung für bewegliche Denkmäler streichen
Drs. 19/4801, 19/5916 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Dr. Sabine Weigand u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Denkmalschutz entbürokratisieren:
Verfahrensfreiheit für Photovoltaikanlagen
Drs. 19/4802, 19/5917 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ENTH				

18. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Toni Schuberl u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stiftung Opferhilfe Bayern stärken, Parallelstrukturen vermeiden
Drs. 19/4806, 19/6011 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> ohne				

Die SPD-Fraktion hat beantragt, das Votum „**Enthaltung**“ zugrunde zu legen.

19. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Florian von Brunn, Sabine Gross u.a. SPD
Bio boomt: Bäuerinnen und Bauern bei Umstellung auf ökologische Landwirtschaft unterstützen
Drs. 19/4807, 19/5890 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

20. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Für ein Ende der Richterrotation und gegen den Laufbahnwechsel zwischen der Staatsanwaltschaft und dem Richteramt in der Justiz
Drs. 19/4879, 19/6012 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/> A				

21. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen – Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung
Drs. 19/4894, 19/6013 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

22. Antrag der Abgeordneten Ferdinand Mang, Benjamin Nolte, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Bericht über die Planungen und Fortschritte zur weiteren Nutzung des Nürnberger Fernmeldeturmes
Drs. 19/4896, 19/5918 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

23. Antrag der Abgeordneten Kerstin Schreyer, Maximilian Böltl, Martin Wagle u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Prof. Dr. Michael Piazolo u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Vom Patent zum Produkt – Transfer von Wissenschaft in die Wirtschaft stärken
Drs. 19/4897, 19/5919 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wissenschaft und Kunst

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

24. Antrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)
Keine Grunderwerbsteuer auf die erste, selbst genutzte Immobilie!
Drs. 19/4970, 19/5936 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

25. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Christoph Maier, Martin Böhm u.a. und Fraktion (AfD)
Streichung des § 188 StGB
Drs. 19/4973, 19/6014 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

26. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Harald Meußgeier, Gerd Mannes und Fraktion (AfD)
Folgen der Einstellung der Schweineschlachtung in Augsburg
Drs. 19/4984, 19/5891 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

27. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Harald Meußgeier und Fraktion (AfD)
Wirtshaussterben aufhalten – Spezielle Raucherlokale gestatten
Drs. 19/4988, 19/5892 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

28. Antrag der Abgeordneten Ralf Stadler, Gerd Mannes, Franz Bergmüller u.a. und Fraktion (AfD)
Bayerische Tourismusbranche zukunftsfähig aufstellen –
Steuergesetzgebung anpassen
Drs. 19/4991, 19/5937 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

29. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Sabine Gross, Ruth Müller u.a. und Fraktion (SPD)
Deutschlandticket dauerhaft sichern
Drs. 19/5005, 19/5938 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

30. Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u.a. und Fraktion (AfD)
Vermeidung von doppelter oder mehrfacher Staatsbürgerschaft wieder zum Leitprinzip erheben
Drs. 19/5006, 19/6015 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

31. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus I – Online-Radikalisierung verfolgen und bekämpfen!
Drs. 19/5026, 19/5895 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

32. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus II – Ein Update für die Prävention und Radikalisierungsforschung!
Drs. 19/5027, 19/5896 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

33. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus III – Terrorfinanzierung austrocknen!
Drs. 19/5028, 19/5897 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

34. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Florian Siekmann u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gemeinsam gegen islamistischen Terrorismus IV – Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden voranbringen!
Drs. 19/5029, 19/5898 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

35. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler u.a. und Fraktion (AfD)
„Olaf Scholz begleitet die Einbürgerung einer türkischen Staatsbürgerin ohne Deutschkenntnisse in Nürnberg – Information der Staatsregierung“
Drs. 19/5083, 19/6016 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

36. Antrag der Abgeordneten Jörg Baumann, Richard Graupner, Florian Köhler und Fraktion (AfD)
Bayern muss Konsequenzen aus islamistischen Anschlägen ziehen!
Drs. 19/5084, 19/5899 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

37. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Paul Knoblach u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Mehr Therapieplätze, weniger Wartezeit:
Lösung für Sonderbedarfszulassungen
Drs. 19/5086, 19/5910 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit, Pflege und Prävention

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

38. Antrag der Abgeordneten Benjamin Nolte, Ferdinand Mang, Ulrich Singer und Fraktion (AfD)
Zurück zu Deutsch als Wissenschaftssprache
Drs. 19/5097, 19/5920 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

39. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen I:
Entwicklung eines Bund-Länder-Aktionsplans gegen Islamismus
Drs. 19/5098, 19/5900 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

40. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen II:
Maßnahmen zur Transparenz der Auslandsfinanzierung von Moschee-Vereinen in Deutschland
Drs. 19/5099, 19/5901 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

41. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen III:
Prüfung der Einrichtung einer bundesweiten multidisziplinären Dokumentationsstelle „Politischer Islamismus“
Drs. 19/5100, 19/5902 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

42. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen IV:
Präventionsarbeit gegen Islamismus weiter ausbauen
Drs. 19/5101, 19/5903 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

43. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Barbara Becker, Thomas Huber u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen V:
Mädchen und Frauen schützen! Stärkung der Strukturen gegen Zwangsheirat und Verschleppung, Schaffung einer Melde- und Koordinationsstelle
Drs. 19/5102, 19/5904 (E)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

44. Antrag der Abgeordneten Holger Dremel, Thomas Huber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Felix Locke, Wolfgang Hauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Keine Toleranz für die Intoleranten – Islamismus transparent machen und umfassend bekämpfen VI:
Islamistische Versammlungen unterbinden und Einzelpersonen genau ins Visier nehmen
Drs. 19/5103, 19/5905 (G)

Über den Antrag wird gesondert beraten.

45. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Johannes Becher, Laura Weber u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stand und Zukunft des EU-Schulprogramms in Bayern
Drs. 19/5163, 19/5893 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Tourismus

CSU	FREIE WÄHLER	AfD	GRÜ	SPD
<input type="checkbox"/>				

46. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Holger Grießhammer, Anna Rasehorn, Doris Rauscher u.a. und Fraktion (SPD)
Eine Frage der Generationengerechtigkeit – Absenkung des Wahlaters auf 16 Jahre
Drs. 19/5205, 19/6017 (A)

Über den Antrag wird gesondert beraten.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold, Christoph Maier und Fraktion (AfD)**

Drs. 19/4894, 19/6013

Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen – Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Martin Böhm

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Karl Straub

Abg. Gülseren Demirel

Abg. Alexander Hold

Abg. Arif Taşdelen

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 19** auf:

Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u. a. und Fraktion (AfD)

Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen - Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung (Drs. 19/4894)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich nochmals darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Erster Redner ist Kollege Martin Böhm.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Ich will noch den Wechsel des Vorsitzes abwarten.

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Das ist nicht zwingend erforderlich.

Martin Böhm (AfD): Sie kommen zurecht?

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Ja, wir kommen zurecht.

Martin Böhm (AfD): Sehr schön. Sehr geehrtes Präsidium, verehrte Kollegen im Hohen Haus! CSU und CDU haben einen Wahlkampf betrieben, dem man im Nachhinein das Prädikat "Projekt Wählertäuschung" verleihen könnte. Der Beweis dafür?

(Zuruf der Abgeordneten Tanja Schorer-Dremel (CSU))

Ein Koalitionsvertrag, der alles Wertkonservative negiert, der kaum die Handschrift der CSU trägt, sondern aus fast jeder Pore übel nach Sozialismus riecht.

(Zuruf der Abgeordneten Anna Rasehorn (SPD))

Die notwendige Umkehr in der Asylgesetzgebung wird es mit Ihnen eben nicht geben; denn die von Ihnen errichtete Brandmauer ist nun Ihr Gefängnis, ein Gefängnis mit rot lackierten Gittern.

(Beifall bei der AfD)

Den Schlüssel zu diesem Käfig hat Nancy F. für Sie weggeworfen, auch um die Wiedereinführung der Regelüberprüfung zu verhindern. Den Schlüssel hat jetzt eine untergeordnete Behörde, die lieber Oppositionelle beobachtet, als die Verbindungen zwischen diversen Islamisten sauber zu ermitteln. Das wäre aber wichtig, um denen dann die Schutzberechtigung entziehen zu können und mit deren Abschiebung Menschenleben hier zu retten.

Heute können Sie zeigen, dass Ihr Versprechen der Migrationswende ernst gemeint war. Unser Antrag fordert weder Unmögliches noch Verwerfliches, sondern einzig Logisches. Das deutsche und das europäische Asylrecht sind darauf ausgelegt, Asyl als Schutz auf Zeit zu gewähren. Schutzstatus gibt es nur, wenn die Gründe für die Schutzsuche Bestand haben. Wenn die Gründe wegfallen, muss der Betreffende in seine Heimat zurückkehren und darf mit der Aberkennung des Schutzstatus keinen Anspruch auf Versorgung hier mehr haben. Das ist normal, das ist logisch, und das ist gerecht, liebe Kollegen.

(Beifall bei der AfD)

Um festzustellen, ob weiterhin Schutzgründe bestehen, muss dies regelmäßig überprüft werden, so wie es bis Ende 2022 der Fall war. Dann aber hat die Abriss-Ampel einfach so die Regelprüfung fadenscheinig durch die anlassbezogene Prüfung ersetzt. In der Folge sind die Zahlen für Rücknahme oder Widerruf eines Schutzstatus von 8.700 im Jahr 2020 auf 2.040 in 2023 abgerutscht. So funktioniert rot-grüne Politik, und mit Schwarz-Rot wird es keinen Deut besser werden. Koalitionen mit linken Parteien geht es nicht um Schutz vor Verfolgung, sondern darum, das Asylrecht als

Vehikel der Massenmigration zu missbrauchen. Auch der CSU hat ihr angebliches Eintreten für eine Migrationswende nur genau bis zum Wahlabend gelangt.

Dabei liegt die Berechtigung unseres Antrags sichtbar auf der Hand. Neu ankommende Asylsuchende aus dem Irak werden seit Jahren überwiegend abgelehnt, weil das Land weitgehend sicher ist. Zugleich gibt es aber bei irakischen Schutzberechtigten kaum eine Aberkennung des Schutzstatus, weil nun die nötige Regelüberprüfung fehlt. Noch deutlicher ist es im Fall Syriens. Hunderttausende Syrer in Deutschland sind angeblich vor dem Assad-Regime geflohen. Das Ende des Regimes haben alle hier auf den Straßen bejubelt. Trotzdem bleiben sie hier. Das ist Absurdistan in Reinkultur.

(Beifall bei der AfD)

Welche Beweise brauchen Sie noch, um einzusehen, wie notwendig eine Rückkehr zur Regelüberprüfung ist? – Ein Kanzler, der zweite Wahl ist und am Rockzipfel der Sozialisten hängt: Welch grandiose Voraussetzung, um das Asylgesetz zu ändern! Und es gehört radikal geändert, genau wie das Aufenthaltsrecht.

Dabei, der nächsten Generation per Verfassungsänderung eine Billion Schulden aufzubürden, waren Sie sehr, sehr schnell. Wenn es ums Eindämmen dieses Sozialraubs geht, findet Kollege Wachler im Ausschuss tausend Gründe, das nicht zu tun.

Kollegen, diese Argumente zählen einfach nicht mehr. Man kann alle Gesetze ändern. Sie haben es bewiesen, noch kurz vor der Konstitution des neuen Bundestags. Man kann alle Gesetze ändern, darf sich aber die Chance auf stabile Mehrheiten nicht vermauern. Sie haben diese Mauer für sich errichtet. Nun ist es Ihr Gefängnis. Zeigen Sie, dass Sie es besser können. Stimmen Sie unserem Antrag heute zu.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Karl Straub für die CSU-Fraktion.

Karl Straub (CSU): Liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrter Herr Präsident! Der zweite Antrag der AfD – – Ich weiß nicht; wir gehen diese Anträge im Rechtsausschuss immer intensiv durch und behandeln sie mit aller Ernsthaftigkeit. Ich befürchte, diese Anträge ins Plenum hochzuziehen, hat nur einen Sinn; denn es ist auffälligerweise unter denen, die dann hier reden, niemand aus dem Rechtsausschuss anwesend. Ich glaube, es dient der Redezeitbeschaffung für Leute, die sonst nicht viel zu sagen haben.

Herr Böhm, ich habe Ihnen letztes Mal unterstellt, dass Ihnen die Reden geschrieben werden. Sie haben behauptet, Sie schreiben die Reden selber. Das macht die Reden nicht besser.

Jetzt gehe ich hier noch einmal auf den Antrag ein, um festzustellen, worum es überhaupt geht. Es geht um eine sogenannte Regelüberprüfung. Wir haben Regelüberprüfungen durchgeführt. Wissen Sie, wovon wir reden? – Wir haben eine Widerrufsquote von 4,2 %. Wir sind uns – – Nein, mit Ihnen sind wir uns nicht einig. Ich denke, wir haben große Herausforderungen. Wir haben jetzt die Migrationswende geschafft; aber ich glaube, wir müssen die Mitarbeiter des BAMF in die Lage versetzen, jetzt die Situation im Land zu ordnen, und dürfen sie nicht mit unnötigen Regelüberprüfungen, die, wie gesagt, eine Widerrufsquote von 4,2 % ergeben, noch zusätzlich belasten. Übrigens würde das zu einer weiteren Belastung von Verwaltungsgerichten führen. Deswegen ist dieser Antrag in der momentanen Lage leider Gottes vollkommener Unsinn.

(Beifall bei der CSU)

Sie reden von Irakern. Die größten Gruppen, um das wieder einmal deutlich zu machen, sind nach wie vor Syrer, Afghanen und Türken. Iraker, die zu uns kommen, gibt es auch; aber das ist in der gesamtdeutschen Schau nicht die große Anzahl.

Nun komme ich einmal zu den Syrern: Ich möchte einmal, weil Sie per se immer Hass gegen Ausländer, gegen Syrer schüren, nur darauf hinweisen, dass inzwischen

30.000 Syrer bei uns eingebürgert sind, dass sie hervorragende Dienste leisten. Ich mag es eigentlich nicht mehr wiederholen, weil es eigentlich selbstverständlich sein sollte. Viele von denen bringen einen unschätzbarwerten Wert für uns. Die arbeiten in Pflegeheimen, sind zum Teil als Ärzte beschäftigt, sind inzwischen geschätzte Staatsbürger geworden. Ja, es gibt einen Anteil von Syrern, die nicht so gut integriert sind. Da haben wir im Koalitionsvertrag ganz klar festgelegt, dass für straffällige Syrer wieder Rückführungen möglich sein müssen, und wenn sich die Lage in Syrien stabilisiert hat, dann werden auch Syrer in ihr Heimatland zurückkehren können; aber wir dürfen froh sein, wenn die 30.000 Syrer, die inzwischen eingebürgert sind und sich hervorragend in unser Land einbringen, dableiben. Die verrichten nämlich hervorragende Dienste hier bei uns im Land.

(Beifall bei der CSU)

Ansonsten darf ich gleich noch einmal zu einem der nächsten Anträge reden. Es muss wirklich öffentlich gesagt werden: Wir behandeln ständig den einen oder anderen Antrag von Ihnen zum Thema Migration. Sie haben nicht einmal da Kenntnisse. Lassen Sie uns doch einmal wirklich über die Themen reden. Sie negieren, dass die Zahlen deutlich zurückgehen. Sie wollen – und ich verstehe das aus Ihrer Sicht – ein Problem aufrechterhalten, das täglich kleiner wird. Dieses Problem ist nämlich Ihr Überlebenselixier. Ohne dieses Problem wird es Sie nämlich nicht mehr geben. Ich sehne diesen Tag herbei. – Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU sowie des Abgeordneten Arif Taşdelen (SPD))

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Es gibt eine Zwischenbemerkung, Herr Kollege Straub. Vielleicht kommen Sie bitte noch einmal nach vorne. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Böhm von der AfD-Fraktion vor.

(Zuruf: Von wem?)

– Von Herrn Böhm. – Bitte sehr, Herr Böhm.

Martin Böhm (AfD): Lieber Kollege Straub, ich sage zu Ihrem letzten Satz: Sie machen in Ihrer Politik so, so viele Fehler. Uns wird die Möglichkeit, diese schlechte Politik anzuklagen, niemals ausgehen. Sie haben behauptet, das wäre nur im Rechtsausschuss besprochen worden. – Nein, das ist natürlich falsch. Im Europaausschuss war das genau das Thema. Dass wir so etwas hochziehen, dient originär einem Zweck: dass die Menschen da draußen, unser bayerisches Volk, sehen, dass Sie immer noch Teil des Staatsversagens sind, beginnend mit Merkel über die Zwischenzeit in der Ampel-Abrißstruppe bis hin zum jetzigen zweitklassigen Bundeskanzler. Das ist Ihre Politik. Um das anzuklagen, sind wir Oppositionsführer.

(Beifall bei der AfD)

Karl Straub (CSU): Herr Böhm, ich sage es noch einmal: Wir haben diesen Antrag im Rechtsausschuss sehr seriös beraten. Herr Maier ist im Rechtsausschuss. Wenn Sie Fragen hätten, könnten Sie diese Herrn Maier direkt stellen. Das, was Sie hier machen, ist reiner Populismus. Das ist reines Spalten; denn, wie gesagt: Wir haben den Antrag ausführlich beraten. Es kommt von Ihnen immer ein anderer Redner, der von der eigentlichen Beratung, wie sie im Rechtsausschuss stattgefunden hat, überhaupt keine Ahnung hat.

Übrigens: Sie haben vorher noch erzählt, dass wir die Brandmauer hochgezogen haben. Ich bin total stolz, dass wir diese Brandmauer hochgezogen haben,

(Zuruf des Abgeordneten Martin Böhm (AfD))

weil wir mit Ihnen nichts zu tun haben wollen.

(Beifall bei der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Straub.

– Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gülseren Demirel für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Gülseren Demirel (GRÜNE): Verehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Und täglich grüßt das Murmeltier. Jetzt sind wir beim zweiten Antrag der AfD-Fraktion, der ein Staatsversagen entlarven will; aber dass Ihnen das mit einem solchen Antrag gelingt, wage ich wirklich sehr zu bezweifeln. Bis 2022 hat das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge alle Asylanträge nach zwei Jahren überprüft. Kollege Straub hat richtigerweise gesagt: Die Widerrufsquote liegt im Ergebnis bei 4,2 %.

Dann haben kluge Politikerinnen und Politiker in Berlin entschieden, das Personal im Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu entlasten, und haben gesagt: Das ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme, was ihr da macht. Wir brauchen euch für wichtigere Dinge, zum Beispiel dafür, dass die Bearbeitung von Asylanträgen, die neu gestellt werden, nicht lange dauert, sondern dass Asylanträge schneller bearbeitet werden.

– Statt so eine Sisyphusarbeit zu leisten, haben sie die Anweisung gegeben, die Überprüfungen nur noch anlassbezogen durchzuführen. Ist das unvernünftig? – Es ist sehr vernünftig, das Personal effizient einzusetzen und es für neue Arbeit, die dann auf dem Tisch landet, zur Verfügung zu haben. Das halte ich für eine sehr vernünftige Entscheidung der Berliner Politik.

Das Zweite ist: Sie fragen, warum immer noch Syrer da sind, warum Menschen aus dem Irak noch hier leben. – Aus dem Irak leben Menschen, meistens jesidischen Glaubens, hier. Mittlerweile haben wir eine sehr große jesidische Community in Bayern, zu deren Gunsten der Deutsche Bundestag vor einigen Jahren beschlossen hat, dass der Islamische Staat an den Jesidinnen und Jesiden einen Genozid begangen hat. Deshalb erhalten sie Schutz; denn die Lage im Irak ist immer noch nicht so weit, dass sie zurückkommen können, was einige wegen der heiligen Stätte, die dort ist, auch gerne würden.

Die Lage der Syrerinnen und Syrer muss ich Ihnen nicht erklären. Es reicht, wenn Sie jeden Abend die "Tagesschau" anschauen. Dann werden Sie sehen, warum ein Widerruf in der momentanen Lage gar nicht möglich ist, unabhängig davon, dass wir in unserem Gesundheitssystem – nicht nur in der Pflege, sondern auch bei den Ärztinnen und Ärzten – eine sehr große Lücke hätten. Wie es schon mein Kollege Straub gesagt hat, arbeiten viele mittlerweile in unserem Gesundheitssystem und stabilisieren dieses.

Ich überbringe Ihnen also leider – nicht leider, sondern mit Freude – die schlechte Botschaft: Das war keine Entlarvung eines Staatsversagens.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Frau Demirel, bitte kommen Sie noch einmal nach vorne. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung von Herrn Abgeordneten Böhm von der AfD-Fraktion vor. Bitte sehr, Herr Böhm.

Martin Böhm (AfD): Liebe Kollegin Demirel, was ich sage, bezieht sich auch auf den Kollegen Straub. Sie reden die Widerrufsquote von 4,2 % durch Regelüberprüfung beständig klein. Wer aber die Zahlen kennt, der weiß, dass eine Widerrufsquote von 4,2 % für Deutschland in jedem Jahr – also auch in jedem Folgejahr – 2 Milliarden Euro an Entlastung des Haushalts ausmacht. Da schaue ich unserem Finanzminister tief in die Augen und frage mich, was der dazu sagt. Auf Bayern heruntergebrochen ist es natürlich immer weniger; aber dem Haushalt durch Regelüberprüfung, durch eine souveräne demokratische Entscheidung pro Jahr 2 Milliarden Euro zu sparen, und das aus den Entscheidungen eines Jahres heraus, ist doch ein ganz erheblicher Posten. Warum nehmen Sie das nicht wahr?

Gülseren Demirel (GRÜNE): Die 4,2 % beziehen sich auf die Bundesrepublik Deutschland.

(Martin Böhm (AfD): Das habe ich doch gerade gesagt!)

Aber das Leben ist kein Wunschkonzert.

(Unruhe bei der AfD)

Man muss entscheiden: Will man schnellere Asylbescheide, oder will man sich mit 4,2 % – heruntergebrochen auf Bayern sind es wahrscheinlich nicht einmal 1 % – beschäftigen? – So einfach ist das, wie es auch im wirklichen Leben ist.

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Demirel. – Nächster Redner ist Herr Kollege Alexander Hold für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Alexander Hold (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Der Abgeordnete Böhm von der AfD-Fraktion hat vorher gesagt: Unser Antrag enthält nichts Unmögliches, er enthält nichts Verwerfliches. – Ich ergänze: Er enthält auch nichts Sinnvolles.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der CSU)

Erstens. Ja, es gab früher eine zwingende einmalige Regelüberprüfung nach drei Jahren des asylrechtlichen Status. 2022 hat man das zugunsten einer anlassbezogenen Widerrufsprüfung geändert. Man hat sich davon eine Entlastung des BAMF erhofft. Es spricht einiges dafür, aus sicherheitspolitischen und migrationspolitischen Aspekten tatsächlich eine Regelüberprüfung zu machen.

Aber schauen wir uns mal die Zahlen an: 2024 gab es über 52.000 Überprüfungen mit einer Quote des Widerrufs von 4,2 %. Wenn man das Ganze zu Ende denkt, würden bei einer Regelüberprüfung die Belastungen des BAMF massiv steigen. Mit Sicherheit würde die Widerrufsquote dadurch letzten Endes absinken. Auf Deutsch: Die anlassbezogene Überprüfung ist schlicht und einfach flexibler.

Als Beispiel kann man sagen: Sollten sich die Verhältnisse in Syrien so ändern, dass Widerrufe des Schutzstatus möglich sind, dann kann das BAMF sich 550.000 Syrer

mit einem asylrechtlichen Schutzstatus herauspicken und bei jedem Einzelnen prüfen. Bei einer Regelüberprüfung, wie Sie es wollen, müssten aber alle zwei Jahre alle überprüft werden, auch die, bei denen der Widerruf völlig unwahrscheinlich ist. Das heißt, die Syrer, die theoretisch mit einem Widerruf rechnen müssten, würden noch Jahre länger auf den Widerruf warten. Es ist also im Grunde völlig kontraproduktiv. Die Kräfte wären gebunden, und die notwendige Flexibilität ginge verloren.

Ja, wenn man sich die Zahlen anschaut, dann spricht einiges dafür, dass zu Ampel-Zeiten im Vollzug diese Flexibilität nicht ausreichend genutzt worden ist. Es wird jetzt Aufgabe des neuen Bundesinnenministers sein, den Vollzug zu verbessern, den Vollzug so zu gestalten, dass er umfassend und beschleunigt zu einer Überprüfung führt. Aber es gibt keinen Grund, an den Rechtsnormen irgendetwas zu ändern.

Das Zweite: Sie wollen ausschließlich noch befristete Schutzzitel. Ein genereller Ausschluss von internationalen Schutzberechtigungen, von der Erteilung von unbefristeten Aufenthaltstiteln, ist EU-rechtswidrig. Man hat, wenn man selber für seinen Lebensunterhalt sorgt und wenn man sich nichts zuschulden kommen lässt, nach fünf Jahren ununterbrochenem rechtmäßigem Aufenthalt einen Anspruch auf einen unbefristeten Aufenthaltstitel. Das hatten wir heute doch schon: Wer seinen Lebensunterhalt selber verdient, wer sich hier integriert und sich nichts zuschulden kommen lässt, ist hier doch letzten Endes willkommen. Es ist problemlos der Entzug des Daueraufenthaltstitels möglich, wenn der internationale Schutz nachträglich wegfällt, wenn er aberkannt, beendet oder nicht verlängert wird, also auf Deutsch: Es ist nicht notwendig und bringt auch nichts.

Das Dritte: Sie wollen eine automatische Ausweisung bei Rücknahme oder Widerruf eines Schutzzitels. Auch das ist überhaupt nicht notwendig. Eine Ausweisung ist eine Maßnahme der Gefahrenabwehr. Wenn derjenige eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung darstellt, soll mit einer Ausweisung ein direktes Erlöschen des Aufenthaltstitels und eine Ausreisepflicht entstehen. Was ist, wenn wir das nicht machen und wenn der Aufenthaltstitel lediglich zurückgenommen wird, weil die Asyl-

gründe nicht mehr bestehen? – Dann habe ich genau dieselbe Folge. Der Aufenthalts-titel selbst erlischt. Das führt zu einer Ausreisepflicht. Auf Deutsch: Sie gewinnen gar nichts mit Ihrer Ausweisung. Die Rechtslage gibt das auch so letzten Endes her.

Viertens. Die sofortige Beendigung der Sozialleistungen nach Widerruf oder Rücknah-me. Mit der Rücknahme oder dem Widerruf des Aufenthaltstitels endet auch nach jetziger Rechtslage automatisch der Anspruch auf Sozialleistungen nach dem SGB II oder XII. Wenn ein Ausländer dann trotzdem noch hier ist, geduldet ist, dann entsteht ein Anspruch auf Asylbewerberleistungen. Verhungern lassen ist schlicht und einfach unzulässig und unmenschlich, gar keine Frage.

Die rechtlichen Möglichkeiten, diese Asylbewerberleistungen einzuschränken, zu redu-zieren, stehen interessanterweise im Koalitionsvertrag. Das heißt, die neue Bundesre-gierung hat sich das schon vorgenommen. Wir schauen darauf, ob das tatsächlich umgesetzt wird. Ich gehe mal davon aus, dass das Teil der Asyl- und Migrationswende sein wird. Dann ist auch alles gut, ohne dass wir hier irgendetwas an der Gesetzesla-ge ändern.

Konkret: Alles, was Sie hier beantragt haben – Sie haben recht –, ist nicht unmöglich, ist nichts Verwerfliches. Aber es taugt am Ende schlicht und einfach nur für Ihre Soci-al-Media-Geschichten. Es taugt nichts in einem Parlament, das nur die Rechtsnormen erlässt oder ändert, bei denen es sachlich geboten ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Florian Streibl (FREIE WÄH-LER): Gute Rede!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Hold. – Nächster Redner ist Herr Kollege Arif Taşdelen für die SPD-Fraktion.

Arif Taşdelen (SPD): Herr Präsident, herzlichen Dank! Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben hier deutlich gemacht, dass dieser Antrag der AfD-Fraktion bereits im Rechtsausschuss breit und seriös, so hat Kollege Straub formuliert, diskutiert wurde

und das zu einem Ergebnis geführt hat. Warum die AfD-Fraktion diesen Antrag jetzt hochzieht, verstehe ich nicht. Ich werde Ihnen vermutlich aber keine neuen Argumente liefern können, um deutlich zu machen, dass Ihr Antrag schlicht und ergreifend sinnlos und auch nutzlos ist.

Vielleicht aber ein Aspekt: Stellen Sie sich vor, es gebe die Regelüberprüfung weiterhin. Das würde bedeuten, dass jetzt rund 1,3 Millionen Geflüchtete aus der Ukraine, jede und jeder einzeln, überprüft werden würden.

(Martin Böhm (AfD): Dann könnten wir die Wehrpflichtigen heimschicken! Das wäre gut!)

Das ist erstens total sinnlos, weil der Krieg dort weiterhin wütet, und zweitens hätten wir das Personal dazu gar nicht. Kollegin Demirel hat es deutlich gemacht: Dieses Personal und dieses Geld, das man in diese Regelüberprüfung hineinstecken würde, braucht man woanders viel dringender. Deswegen lehnen wir als SPD-Fraktion Ihren Antrag auch hier im Plenum ab.

(Beifall bei der SPD sowie Abgeordneten der GRÜNEN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Taşdelen.
– Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die namentliche Abstimmung findet in elektronischer Form statt. Abstimmungszeit: drei Minuten. Die Abstimmung ist nun freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 17:56 bis 17:59 Uhr)

Hatten alle Abgeordneten die Möglichkeit, ihre Stimme abzugeben? – Das scheint jetzt der Fall zu sein. Damit schließe ich die Abstimmung. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

(...)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namenlichen Abstimmung über den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen – Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung", Drucksache 19/4894, bekannt. Mit Ja haben 29 Abgeordnete gestimmt. Mit Nein haben 129 Abgeordnete gestimmt. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 13.05.2025 zu Tagesordnungspunkt 19: Antrag der Abgeordneten Rene Dierkes, Martin Böhm, Dieter Arnold u. a. und Fraktion AfD; Regelüberprüfung der Schutzberechtigung wieder einführen - Asyl ist Schutz auf Zeit, kein Vehikel der Einwanderung (Drucksache 19/4894)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Eberwein Jürgen		X	
Aigner Ilse		X		Dr. Ebner Stefan		X	
Aiwanger Hubert				Ebner-Steiner Katrin		X	
Arnold Dieter	X			Dr. Eiling-Hüting Ute		X	
Arnold Horst		X		Eisenreich Georg			
Artmann Daniel		X		Enders Susann		X	
Atzinger Oskar	X			Fackler Wolfgang		X	
Bäumler Nicole		X		Fehlner Martina			
Bauer Volker		X		Feichtmeier Christiane		X	
Baumann Jörg	X			Flierl Alexander		X	
Baumgärtner Jürgen		X		Freller Karl			
Baur Konrad		X		Freudenberger Thorsten		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Friedl Patrick		X	
Becher Johannes		X		Friesinger Sebastian		X	
Beck Tobias		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becker Barbara		X		Fuchs Barbara			
Dr. Behr Andrea		X		Füracker Albert			
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric				Gießübel Martina		X	
Bergmüller Franz	X			Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian		X		Gmelech Christin		X	
Birzele Andreas		X		Goller Mia		X	
Blume Markus				Gotthardt Tobias		X	
Böhm Martin	X			Graupner Richard		X	
Böltl Maximilian		X		Grießhammer Holger			
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian				Gross Sabine			
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick		X	
Dr. Büchler Markus		X		Guttenberger Petra		X	
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar		X	
Deisenhofer Maximilian				Halemba Daniel		X	
Demirel Gülsen		X		Hanna-Krahl Andreas			
Dierkes Rene	X			Hartmann Ludwig		X	
Dierl Franc		X		Hauber Wolfgang		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heinisch Bernhard			
Dietz Leo				Heisl Josef		X	
Dorow Alex		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dremel Holger		X		Herrmann Joachim			
Dünkel Norbert				Hierneis Christian			
				Högl Petra		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Hofmann Michael		X		Pargent Tim			
Hold Alexander		X		Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Holetschek Klaus		X		Pirner Thomas		X	
Holz Thomas				Pohl Bernhard			
Dr. Hopp Gerhard		X		Post Julia			
Huber Martin	X			Preidl Julian		X	
Huber Martin Andreas				Rasehorn Anna		X	
Huber Thomas				Rauscher Doris		X	
Huml Melanie		X		Reiß Tobias			
Jäckel Andreas		X		Rinderspacher Markus		X	
Jakob Marina		X		Rittel Anton		X	
Jungbauer Björn		X		Roon Elena		X	
Jurca Andreas	X			Saller Markus		X	
Kaniber Michaela				Schack Jenny		X	
Kaufmann Andreas		X		Schalk Andreas		X	
Kirchner Sandro		X		Scharf Martin		X	
Knoblach Paul		X		Scharf Ulrike			
Knoll Manuel		X		Scheuenstuhl Harry		X	
Köhler Claudia		X		Schießl Werner		X	
Köhler Florian	X			Schmid Franz		X	
Kohler Jochen		X		Schmid Josef			
Koller Michael		X		Schmidt Gabi			
Konrad Joachim		X		Schnotz Helmut		X	
Kraus Nikolaus		X		Schnürer Sascha		X	
Kühn Harald		X		Schöffel Martin			
Kurz Sanne		X		Schorer-Dremel Tanja		X	
Lausch Josef		X		Schreyer Kerstin		X	
Lettenbauer Eva		X		Schuberl Toni		X	
Lindinger Christian		X		Schuhknecht Stephanie		X	
Lipp Oskar	X			Schulze Katharina			
Locke Felix		X		Schwab Thorsten		X	
Löw Stefan				Dr. Schwartz Harald		X	
Dr. Loibl Petra		X		Seidenath Bernhard		X	
Ludwig Rainer		X		Siekmann Florian		X	
Magerl Roland				Singer Ulrich		X	
Maier Christoph		X		Dr. Söder Markus			
Mang Ferdinand		X		Sowa Ursula		X	
Mannes Gerd		X		Stadler Ralf		X	
Dr. Mehring Fabian				Stieglitz Werner		X	
Meier Johannes		X		Stock Martin		X	
Meußgeier Harald		X		Stolz Anna			
Meyer Stefan		X		Storm Ramona			
Miskowitsch Benjamin		X		Straub Karl			
Mistol Jürgen		X		Streibl Florian		X	
Mittag Martin		X		Striedl Markus		X	
Müller Johann	X			Dr. Strohmayer Simone			
Müller Ruth		X		Stümpfig Martin			
Müller Ulrike		X		Tasdelen Arif		X	
Nolte Benjamin	X			Tomaschko Peter		X	
Nussel Walter		X		Toso Roswitha		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X		Trautner Carolina		X	
Osgyan Verena		X		Triebel Gabriele		X	
				Vogel Steffen		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter			
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine		X	
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta		X	
Winhart Andreas	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix			
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	29	129	0